

7. Fazit

Was ist Konfessionalismus? Die Frage aus der Basheer-Show bildet den Ausgangspunkt dieser Arbeit, um die Aushandlung von Konfessionalität in der irakischen Öffentlichkeit nach 2003 genauer zu betrachten. Anstatt diese Frage anhand einer Definition von Konfessionalismus zu beantworten, wurde rekonstruiert, wie die arabischsprachige irakische Öffentlichkeit Bezüge auf Konfession kontextualisiert.

Dieser Ansatz machte einen Forschungszugang nötig, der eine noch nicht abgeschlossene gesellschaftliche Debatte in ihrer Dynamik und ihrem konstanten Wandel zu erfassen vermag. Es erwies sich dabei als hilfreich, Konfessionalismus im Sinne Derridas als Heimsuchung zu betrachten – d.h. als gleichzeitig anwesend und abwesend, als gestaltend, selbst dann, wenn er abgelehnt wird. Durch die Erweiterung dieses Verständnisses um einen postfundamentalistischen Ansatz im Sinne Marcharts konnten Bezüge auf Konfession in ihrer Wirkmächtigkeit erfasst werden, ohne dabei in essentialisierende Muster zu verfallen. Dieses Vorgehen erlaubte es, Bezüge auf Konfession in ihrem Zusammenspiel mit den Entwicklungen im Irak zu beschreiben, anstatt diese Entwicklungen durch die der Konfession zugeschriebenen Rolle zu erklären.

Bezüge auf Konfession, die in der irakischen Öffentlichkeit hergestellt werden, sind weder Ausdruck einer seit Jahrhunderten andauernden konfessionellen Spaltung, noch ein artifizielles Produkt autoritärer Regime, mit dem diese ihre Macht zu sichern trachten. Konfessionalismus ist weder ewig noch künstlich, er ist Gegenstand einer gesellschaftlichen Aushandlung. Die Konfessionalisierung ist Ausdruck der Gegenwart, die sie hervorbringt.

Konfessionalisierung wurde für diese Untersuchung als ein ergebnisoffener Prozess gefasst, der nicht zwingend zur Entstehung von Konfessionalismus führen muss. Die Konfessionalisierung wurde anhand der Herausbildung und Restrukturierung der Konfessionen und deren Institutionen sowie der Durchdringung der irakischen Öffentlichkeit mit der Orientierung an Konfession untersucht. Konfessionalisierung betrifft also sowohl die Konfessionen selbst als auch die an Konfession orientierten Vorstellungen.

Die Konfessionalismuskritik, die in der Aushandlung von Konfessionalität in der irakischen Öffentlichkeit einen bedeutenden Raum einnahm, wurde als

Element der Konstitution von Konfessionalität gleichberechtigt mit positiv evaluierenden Bezügen auf Konfession in diese Untersuchung integriert. Dieses Vorgehen ist an der Dekonstruktion orientiert, wie sie von Jacques Derrida entwickelt worden ist. Positive Bezugnahmen auf konfessionelle Zugehörigkeit und deren Ablehnung, genauso wie die in der irakischen Debatte entwickelten Begriffspaare (prominent Spaltung und Einheit), wurden einander gegenübergestellt – nicht in dialektischer Absicht, sondern um die Begriffe zu destabilisieren und in ihrer historisch kontingenten Konstitution erkennbar zu machen.

Auf der Basis dieser theoretischen Überlegungen wurde die Aushandlung von Konfessionalität in der irakischen Öffentlichkeit nach 2003 anhand einer breiten Auswahl von Akteuren untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass die Kontextualisierung massgeblich Entlang dreier Themen erfolgte: des politischen *Systems*, der (arabischsprachigen) irakischen *Bevölkerung* und dem *Staat*.

Die Suche nach einem neuen *politischen System* dominierte die Aushandlung von Konfessionalität nach dem Ende des Ba't-Regimes. Das neue System wurde durch den Bezug auf konfessionelle Zugehörigkeit legitimiert – sowohl durch die internationale Militärkoalition, die das alte Regime stürzte, wie auch durch die schiitischen Exilparteien, die nach 2003 an die Macht gelangten. Entscheidend war dabei einerseits die Wahrnehmung der irakischen Bevölkerung als ein Konglomerat verschiedener Bevölkerungsgruppen, die politisch berücksichtigt werden sollten. Andererseits sollte der Schia als Bevölkerungsmehrheit ein privilegierter Zugang zur politischen Macht gesichert werden.

Die Kritik an diesem System, formuliert durch eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure in der irakischen Öffentlichkeit, konzentrierte sich auf diese konfessionalistischen Aspekte: Die politische Orientierung an den verschiedenen Bevölkerungsgruppen wurde als Implementierung einer konfessionellen Ordnung abgelehnt.

Das durch diese Kritik vertretene Ideal einer vereinten irakischen *Bevölkerung* gewann mit der Gewalteskalation nach 2006 weiter an Bedeutung. Die Diskussion über Konfessionalismus in der irakischen Öffentlichkeit erfuhr dabei eine Verschiebung vom politischen System hin zur Bevölkerung, die von konfessionell orientierter Gewalt betroffen war. Tatsächlich war die antischiitische Position der ultraislamischen Kampfbünde für deren Selbstlegitimation konstitutiv. Diesen konfessionell exkludierenden Ansätzen wurde in der irakischen Öffentlichkeit allerdings keine Vorstellung konfessioneller Aussöhnung entgegen gehalten, erst recht nicht auf theologischer Basis. Stattdessen wurde eine Einheit der Bevölkerung, die keine Aussöhnung nötig hat, idealisiert. Die konfessionelle Spaltung wurde als der irakischen Bevölkerung fremde Neuerung dargestellt. Um die Gewalt einzudämmen, musste gemäss dieser Annahme der Konfessionalismus überwunden werden. Die konfessionelle Spaltung, die *fitna*, stand damit der Einheit (*wahda*) der Bevölkerung gegenüber.

»Konfessionalismus« als Vorwurf gegen die Regierung markierte die *Abwendung vom Staat*. Die Proteste von 2012 in den sunnitisch dominierten Gouvernementen und ihre Unterdrückung durch die Regierung kennzeichneten den Bruch zwischen der Regierung in Bagdad und bedeutender Teile der sunnitischen Bevölkerung. Ziel dieser Bevölkerungssteile war nun nicht mehr, eine Verbesserung ihrer Lage zu erzielen, indem sie das politische System veränderten. Stattdessen wandten sie sich vom Staat ab, der aus ihrer Sicht zum Träger des Konfessionalismus geworden war.

Diese Abwendung bildete den Boden für die Unterstützung des ultraislamischen Kampfbundes Islamischer Staat (IS). Die antischiitische Ausrichtung des IS hat sich in der vorliegenden Untersuchung als ein bestimmendes Element für die Legitimation seines militaristischen Kalifat-Projekts erwiesen, das in der Folge die nationalen Grenzen und die staatliche Verfasstheit des Iraks ins Wanken brachte.

Nach der militärischen Niederlage des IS sah sich der irakische Staat mit den ḥaṣd und den *tišrīn*-Protesten durch zwei weitere Akteure herausgefordert. Die ḥaṣd verbanden eine in ihrem Verständnis schiitische Vision des Iraks mit parallelstaatlichen Strukturen, die den bestehenden Staat konkurrenierten. Im Rahmen der *tišrīn*-Proteste wurde, ähnlich wie 2012, der Staat als Träger des Konfessionalismus identifiziert. An die Stelle der damaligen Abwendung vom Irak in seiner gegenwärtigen Form trat die rhetorische Abtrennung des Staates – der für Konfessionalismus und Korruption verantwortlich gemacht wurde – vom Volk (*ša'b*). Dieses erhob Anspruch auf den Irak als Land (*balad*) und wollte auf eine Repräsentation durch die Politik verzichten.

Die drei Elemente System, Bevölkerung und Staat bildeten also den Kontext von Bezügen auf Konfession und Konfessionalisierung in der irakischen Öffentlichkeit nach 2003. Damit wurden die tragenden Elemente der Vorstellung von Staatlichkeit angesprochen. Anhand des Sprechens über Konfessionalismus werden im Irak nach 2003 somit die Grundlagen von Staatlichkeit verhandelt.

Im Rahmen der beschriebenen Entwicklungen ist nur eine partielle Konfessionalisierung festzustellen. Die Durchdringung, d.h. die Orientierung an den Konfessionen in der irakischen Öffentlichkeit, wurde permanent herausgefordert und kritisiert. Dies gilt insbesondere für die Verbindung dieser Orientierung an Konfession mit Fragen nach der Staatlichkeit. Demgegenüber wurden konfessionellen Identitäten für sich genommen meist als unproblematisch erachtet.

Die Herausbildung der Konfessionen blieb ebenfalls unvollständig, die Strukturen von Schia und Sunna blieben umstritten. Insbesondere auf schiitischer Seite wurde die religiöse durch eine nationale Ebene ergänzt, was zu einer explizit irakischen Schia geführt hat – mit Muqtadā as-Ṣadr als schillernden, die Grenze zwischen politischem und religiösem Feld durchbrechendem Bezugspunkt. Der Irakbezug ersetzte zunehmend die schiitische Selbstdefinition anhand der Verfolgung durch das Ba't-Regime.

Die Sunna befreite sich nach 2003 von der Gleichsetzung mit der Ba‘t-Partei. Eine Neuidentifikation erwies sich aber als schwierig. Weder die politischen Parteien noch die Stämme oder der Versuch von AMSI, eine »sunnitische Hawza« aufzubauen, konnten sich endgültig durchsetzen.

Die Hinwendung zum IS durch Teile der sunnitischen Bevölkerung und damit ihre Abwendung vom Staat trugen zum schwierigen Verhältnis der Sunna zur irakischen Staatlichkeit bei. Die Entwicklungen, die zu dieser Abwendung geführt hatten, werden im Irak nach wie vor nicht aufgearbeitet. Stattdessen wird der IS und als Fremdkörper dargestellt und die Gründe für dessen Unterstützung ignoriert, was die (Re-)Integration der sunnitischen Bevölkerung noch für lange Zeit zu erschweren droht.

Konfessionalismuskritische Positionen als Element der Aushandlung von Konfessionalität in die Untersuchung zu integrieren, hat zu zwei Ergebnissen geführt. Erstens: Die Überwindung der Orientierung an Konfession, die nicht nur in Teilen der irakischen Öffentlichkeit, sondern auch in der wissenschaftlichen Literatur kaum kritisch hinterfragt wird, wird so von ihrem Status als universales Ideal losgelöst. Einheit und weitere, den gesellschaftlichen Zusammenhalt betonende Konzepte werden als Elemente des beschriebenen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses historisiert. Zweitens: Positionen, die Konfession positiv in Wert setzen, und solche, die diese Praxis kritisieren, stehen sich nicht diametral gegenüber. Vielmehr orientieren sich beide Positionen an unterschiedlichen Formen von Zugehörigkeit.

Die richtige Ordnung stellt für die irakische Öffentlichkeit also die Grundlage für die Legitimation von Staatlichkeit dar. Davon ausgehend wurde in dieser Arbeit hergeleitet, dass anhand der Suche nach der richtigen Ordnung der Souverän als Träger des Staates verhandelt wird. Die richtige Ordnung soll, so lässt sich aus der irakischen Diskussion schliessen, auch die richtige Souveränität gewährleisten und dadurch die Grundlage für Staatlichkeit schaffen. Die Bevölkerung wird anhand konfessioneller (und anderer) Zugehörigkeiten eingeteilt, um diese Ordnung zu strukturieren. Neben diesem Ordnen der Bevölkerung spielen im engeren Sinn konfessionelle Differenzen, z.B. theologischer Natur, nur eine Nebenrolle.

Die Orientierung an konfessioneller Zugehörigkeit als Teil der Diskussion von Staatlichkeit anhand der Suche nach der richtigen Ordnung und dem richtigen Souverän zu verstehen, macht aus ihr eine Position innerhalb der Diskussion von Staatlichkeit. Diese synchrone Verortung steht der Praxis gegenüber, die Ereignisse im Irak diachron in die Geschichte der Beziehungen zwischen Schia und Sunna einzuröhren. Diese Herangehensweise erlaubt eine neue Deutung der Ereignisse im Irak nach 2003: Die Bezüge auf Konfession stellen kein Hervorbrechen vorstaatlicher Gruppenzugehörigkeiten oder vom Nationalstaat unabhängiger Identitäten dar. Sie sind folglich auch kein Produkt eines Staatszerfalls. Wenn eine Relation zum Staatszerfall besteht, dann in dem Sinn, dass Konfessionalität im Kontext eines geschwächten Staates konstituiert wurde. Die Konfessionalisierung im Irak ist

als Prozess die *Reaktion* auf die Herausforderung, Staatlichkeit zu begründen – eine Staatlichkeit, die offensichtlich aus Sicht der untersuchten Akteure einer Neubegründung bedarf. Dass dem so ist, überrascht angesichts des Regimewechsels von 2003 nicht; das Ende einer jahrzehntelang etablierten Diktatur erzwingt selbstredend eine Restrukturierung der betroffenen Gesellschaft. Doch geht die irakische Debatte weit über den Aspekt des Regimewechsels hinaus.

Mit der Frage nach dem politischen System, dem Verhältnis der politischen Repräsentation zur Klassifikation der Bevölkerung und dem Verhältnis zwischen dieser Bevölkerung und dem Staat werden Diskussionen aufgegriffen, die nicht nur im Irak, sondern auch in zahlreichen anderen Gesellschaften anzutreffen sind. Es ist in dieser Hinsicht bezeichnend, dass das IS-Kalifat für Tausende Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern eine derart attraktive Option darstellte, dass sie in den Irak und nach Syrien reisten, um dort für ihren neuen Staat zu kämpfen: Die Etablierung einer alternativen Staatlichkeit traf in vielen Gesellschaften einen Nerv.

Die Demonstrationen von 2019 waren ebenfalls kein isoliertes, rein irakisches Phänomen. In weiteren Ländern der Region, aber beispielsweise auch in Chile, Katalonien, Hong Kong und Aserbaidschan, kam es zeitgleich zu Massendemonstrationen, die sich gegen die jeweiligen politischen Eliten richteten.¹ Die Diskussion von Staatlichkeit im Irak ist somit Teil einer regionalen und globalen Gegenwart. Dass die Rolle, die Bezüge auf konfessionelle Zugehörigkeit zukommen soll, derart umstritten ist, ist Ausdruck einer Krise der Repräsentation. Die Orientierung an Zugehörigkeit überhaupt zeigt die Optionen auf, mit denen im Irak auf diese Krise reagiert wird: Die Ordnung der Gesellschaft ist zum Gegenstand des *Politischen* geworden, während die *Politik* ihre Funktion als staatlich organisierte Regelung der Angelegenheiten eines Gemeinwesens weitgehend eingebüßt hat. Die Herausforderungen und Probleme der irakischen Gesellschaft werden in der irakischen Öffentlichkeit als Resultat der falschen Verfasstheit des Staates gedeutet. Gemäß dieser Logik soll richtige Ordnung, ist sie einmal gefunden, den guten Staat zu gewährleisten vermögen.

Basierend auf der vorliegenden Untersuchung eröffnen sich zahlreiche Anschlussfragen. Im Irak wäre die weitere Strukturierung der Konfessionen, insbesondere der Sunna, genauer zu betrachten. Auch die Entwicklung der Stämme müsste untersucht werden, scheinen sie doch einem ähnlich dynamischen Prozess unterworfen gewesen zu sein wie die Konfessionen.

Darüber hinaus könnte die Aushandlung von Staatlichkeit im Irak als Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft auf den gesamten Nahen Osten übertragen werden. Vergleichende Forschung mit aussernahöstlichen Kontexten wären

¹ Sherwood, Dave: One million Chileans march in Santiago, city grinds to halt, in: Reuters Media, 25.10.2019.

eine Möglichkeit, der potenziell globalen Dimension der beobachteten Entwicklungen Rechnung zu tragen.²

Werden die Ergebnisse dieser Untersuchung vom Irak losgelöst und verallgemeinert, lässt sich die dort beobachtete Aushandlung von Staatlichkeit als Element der globalen Rekonfiguration von Staatlichkeit erfassen. »The time is out of joint« zitiert Derrida aus Shakespeares *Hamlet* den Ausdruck einer tiefgreifenden Erschütterung.³ Darin liegt ein Element des sozialen Wandels, der den Nahen Osten gegenwärtig betrifft: »Aus den Fugen« sind mit Staatlichkeit und Souveränität Elemente, die für die Ausgestaltung gegenwärtiger Gesellschaften grundlegend sind. Diese Deutung vermag, Diskussionen in anderen Teilen der Welt zu erweitern. So wird deutlich, dass die für Europa diagnostizierte »Unpolitische Demokratie⁴ und die damit einhergehende Verschiebung des Politischen von der etablierten Politik in nichtinstitutionalisierte Räume nicht auf das Verständnis von Demokratie beschränkt bleibt, sondern, in Gestalt einer auf Klassifikation aufbauenden Zugehörigkeitsorientierung als Neubegründung von Souveränität, die Staatlichkeit insgesamt erfasst. Auf diese Weise verdrängt das Streben nach der Begründung von Souveränität die Primärsetzung der Demokratie als Begründung einer legitimen staatlichen Verfasstheit.

Die Verbindung von Nation und Staat, die sich im Nationalstaat als hegemoneiale Vorstellung manifestiert hat, löst sich auf – Staat und Nation werden voneinander getrennt imaginiert. Entweder wird der Staat selbst zum Träger von Nation (wie beim IS, was die Parallelität von Ultrareligiosität und Ultranationalismus beispielsweise in Form der Weltanschauung eines Vladimir Putin illustriert).⁵ Oder das, was bis anhin als ›Nation‹ gefasst war, entkoppelt sich als Volk (ša 'b) vom Staat und beansprucht stattdessen das Land (*balad*).

Die Suche nach der vermeintlich richtigen Ordnung öffnet den Blick für zwei sich unterscheidende Verständnisse von Repräsentation: der Repräsentation von Gruppen anhand von Zugehörigkeit gegenüber der Repräsentation von Interessen. Die Annahme, dass diese beiden Größen in sich aufgehen, bedingt die Vorstellung

2 Dadurch liesse sich auch die Annahme einer nahöstlichen (oder islamischen) Exzptionalität unterlaufen. Vgl. Zemmin, Florian: Wider die islamische Exzptionalität: Zur (Inter-)Disziplinarität der Islamwissenschaft am Beispiel des Salafismus, in: Zemmin, Florian; Stephan, Jóhannes; Corrado, Monica u.a. (Hg.): Islam in der Moderne, Moderne im Islam: Eine Festschrift für Reinhard Schulze zum 65. Geburtstag, 2018, S. 159 – 186, S. 160 – 161.

3 Derrida: Marx' Gespenster, 2016.

4 Michelsen, Danny; Walter, Franz: Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation, Berlin 2017² (Edition Suhrkamp Bd. 2668), S. 293.

5 Zur Verwandtschaft von Ultrareligiosität und Ultranationalismus vgl. Schulze, Reinhard: Ultranationalismus und Ultrareligiosität. Die Wiederkehr der Gespenster, in: Journal21, 20.04.2022, <https://www.journal21.ch/artikel/die-wiederkehr-der-gespenster>, Stand: 19.05.2025.

einer gewissermassen natürlichen politischen Gliederung der Gesellschaft – und folgt damit der Prämisse, dass politische Haltungen durch die soziale Zugehörigkeit determiniert seien.⁶ Dass auch die Klassifikation entlang des Gegensatzes »Volk – Staat« einer Zugehörigkeitsorientierung entspricht, macht sie als Form deskriptiver Repräsentation erkennbar:

»Alle Versuche, in einer Republik die unauflösbare Spannung zwischen dem abstrakten Volk und der sozialen Realität durch eine Vision der ›wahren‹ Repräsentation zu beseitigen, würden darauf Zielen, den Staat mit der Gesellschaft zu versöhnen, die Distanz zwischen den Bürgern und der ›abgehobenen‹ politischen Klasse zu eliminieren [...]. Die Funktion der Parteien [...] würde mit der Etablierung statistischer Repräsentationsmechanismen eigentlich überflüssig [...]«⁷

Die Vorstellung einer »›wahren‹« Repräsentation, die Michelsen und Walter hier aus dem europäischen Kontext beschreiben, erinnert an eine Kombination aus der Annahme einer natürlichen Ordnung in Form konfessioneller oder ethnischer Zugehörigkeiten einerseits und der Ablehnung der politischen Klasse durch das Volk andererseits und unterstreicht damit die Gemeinsamkeiten dieser beiden Formen der Zugehörigkeitsorientierung.

Die irakischen Erfahrungen der vergangenen beiden Jahrzehnte zeigen, dass die Begründung von Souveränität anhand von Zugehörigkeitsordnungen von sich aus keine gelingende Gesellschaft und erst recht keine Rechtsstaatlichkeit zu garantieren vermag.

Sowohl ein politisches System, das an konfessioneller Zugehörigkeit orientiert ist, als auch die Vorstellung einer Technokratie, die die Reichtümer eines Landes in apolitischer Weise zugunsten des Volkes verwaltet, verhindern inhaltliche politische Debatten. Die Suche nach der richtigen Ordnung ersetzt diejenige nach der richtigen Politik. Im Irak nach 2003 sind somit Extremformen der Orientierung an Zugehörigkeit, wie sie in abgeschwächten Formen beispielsweise in westlichen Gesellschaften in verschiedenen Teilen des politischen Spektrums anzutreffen sind, beobachtbar.⁸ Der Blick in den Irak und auf die Konfessionalisierung nach 2003 ist ein Blick in die zeitgenössische, globale Gegenwart.

Die Basheer-Show, die satirische Nachrichtensendung, deren erste Folge dieser Untersuchung den gedanklichen Anstoß gegeben hat, ist in den vergangenen Jahren zu einer der erfolgreichsten irakischen TV-Shows geworden. Mittlerweile wird

⁶ Vgl. Michelsen, Walter: Unpolitische Demokratie, 2017, S. 293.

⁷ Ebd.

⁸ Die Parallelen zwischen der *tišrīn*-Protesten und *Occupy Wallstreet* insbesondere in ihrem Streben nach einer Überwindung staatlich institutionalisierter Repräsentationsformen werden in deren Darstellung bei Michelsen und Walter augenfällig. Vgl. ebd., S. 280 – 289.

sie von der arabischen Ausgabe des Senders »Deutsche Welle« produziert und erreicht ein Millionenpublikum.⁹ In einer Sendung von 2019 zeigt sich Bašir begeistert von den *tišrīn*-Protesten und kritisiert die gewaltsame Reaktion der Regierung gegen die friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten. Der Grund für die defizitäre Demokratie, die Gewalt, die Korruption und die Entfremdung der Bevölkerung von der Politik lautet für Bašir: *muḥāṣaṣa*, das konfessionelle Quotensystem. Weiterhin formuliert er seine Kritik an der irakischen Misere anhand der Orientierung an konfessioneller Zugehörigkeit. Wie politische Partizipation im Irak künftig organisiert sein und in welcher Form sie auf Zugehörigkeit abgestützt werden wird, ist wohl unklarer denn je. Die irakische Diskussion von Staatlichkeit anhand von Konfession ist noch längst nicht abgeschlossen.

⁹ Rosenberg: »You Are Killing Us? We Will Make You a Joke.« Meet Ahmed Albasheer, 26.12.2019.